

Niederschriftder Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:13 Uhr

Tagungsort

Videokonferenz

Die Bestätigung dieser Niederschrift erfolgt in der darauffolgenden Sitzung dieses Gremiums. Bitte beachten Sie deshalb die zugehörige Niederschrift.

Öffentlicher Teil**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende, Frau Barthels, eröffnet um 18:30 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt Nr. BVU/002/2021.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine Beanstandungen. Die Beschlussfähigkeit wird zu Beginn der Sitzung mit 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern festgestellt (siehe Teilnehmerliste).

Entschuldigt fehlt Herr Jänicke – vertreten durch Frau Pietsch.

Von der Verwaltung nehmen an der Videokonferenz der Bürgermeister, Herr Piper – FBL Verkehrs- und Grünflächen und Frau Lorenz – SB KPE teil.

Für die Protokollführung ist Frau Engelmann – SB KSD eingesetzt.

Die Vorsitzende berichtet, dass die Position des ersten Stellvertreters, durch den Weggang von Herrn Michel, neu besetzt werden müsse. Das Vorschlagsrecht habe die Fraktion Bündnisgrüne/Linke.

Die Fraktion Bündnisgrüne/Linke schlägt Herrn Mushack als ersten Stellvertreter vor.

Namentliches Abstimmungsergebnis des ersten Stellvertreters, Herrn Mushack (Anlage 1):

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
einstimmig angenommen

TOP 3 Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 14.01.2021

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Namentliches Abstimmungsergebnis zur Niederschrift vom 14.01.2021 (Anlage 2):

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
einstimmig angenommen

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

**TOP 4 Anregungen der Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und
Einwohnerfragestunde**

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Frau Lorenz verliest die Anfrage von Bürger A und beantwortet sie nachfolgend.

Frage 1: Wo und wann werden Flugblätter verteilt?

Hiermit wird ein am Markt verfügbares Unternehmen beauftragt. Die genaue Abdeckung aller Straßen und Briefkästen kann nicht sichergestellt werden.

Frage 2: Wo und wie viele Plakate werden aufgestellt bzw. aufgehängt?

100 Plakate DIN A1 an 50 Laternenmasten gemeindeweit.

Frage 3: Werden die Zugangscodes neu verschickt?

Nein, die Codes wurden mit dem deutlichen Hinweis versandt, nicht zu entsorgen. Eine Neuausstellung ist prinzipiell unproblematisch, siehe Folgefrage.

Frage 4: Was müssen die Bürger tun, falls sie die Codes nicht mehr haben?

Bürger, die ihre Codes verlegt haben, können per E-Mail an direktedemokratie@stahnsdorf.de schreiben und erhalten dann den Code erneut zugesandt.

Frage 5: Welche Beteiligungsmöglichkeiten haben Einwohner, die keinen Internetanschluss haben?

Diese können sich schriftlich melden und bekommen Abstimmungsunterlagen zugesandt, sofern die Pandemielage eine Nutzung der PCs in der Bibliothek nicht zulässt.

Frage 6: Wie wird mit in der Zwischenzeit Zugezogenen verfahren oder mit solchen, die in der Zwischenzeit alt genug für eine Teilnahme wurden?

Es wurde ein aktuelles Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten erstellt. Neu hinzugekommene werden entsprechend benachrichtigt.

Frage 7: In der Bestandsanalyse wurde eine SWOT – Analyse angefertigt. In den Unterlagen finden sich aber nur Aussagen zu den Stärken und Schwächen der Gemeinde (S+W). Wann erfolgt die Offenlegung der Chancen (O) und der Risiken (T)?

Die zusammenfassende SWOT - Analyse in der Präsentation ist im Wording etwas anders benannt: Stärken und Potenziale statt Stärken und Chancen, Schwächen und Herausforderungen statt Schwächen und Risiken.

Grundsätzlich sind alle wesentlichen, relevanten Aussagen "offengelegt" und lediglich gebündelt dargestellt. Zudem erfolgt jeweils eine sektorale SWOT-Analyse, d.h. eine tabellarische Darstellung der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken, für die einzelnen Handlungsfelder der Gemeindeentwicklung (z.B. zu Wohnen, Wirtschaft, Klima/Energie, Landschaft usw.).

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

Frage 8: Welche Sonderrolle hat der Seniorenbeirat, dass er Informationen bekommt, die den übrigen Einwohnern bisher nicht zugänglich gemacht wurden?

Der Seniorenbeirat ist ein durch die Gemeindevertretung Stahnsdorf ins Leben gerufenes Gremium, dessen Aufgaben darin bestehen, sich um die Belange der in der Gemeinde lebenden Senioren zu kümmern. Der Status des Seniorenbeirats wurde in der Hauptsatzung der Gemeinde Stahnsdorf geregelt.

Frage 9: Wann werden diese Informationen, die zu den Handlungs- und Entwicklungsschwerpunkten geführt haben, auch den übrigen Einwohner bekannt gemacht, damit eine Teilnahme an der Befragung Sinn macht?

Mit der Befragung werden den Einwohnern Links zu den bisher erarbeiteten Materialien und Dokumenten zugänglich gemacht.

Frage 10: In der Gemeindevertretersitzung vom 9.2.2021 wurde beschlossen, dass das Protokoll der Sitzung vom 29. August 2020 veröffentlicht wird, dies ist bisher nicht erfolgt. Warum nicht?

Die Aussage, dass dies nicht erfolgt ist, ist unzutreffend. Das Protokoll wurde am 08.02.2021 auf der INSEK-Seite zur Verfügung gestellt. Der Direktlink lautet wie folgt: https://www.stahnsdorf.de/assets/downloads/kpe/29-08-2020_INSEK_Stahnsdorf_Workshop_Praesentation_web.pdf

Der Bürgermeister ergänzt, dass zu den einhundert A1-Plakaten weitere fünf Großplakate aufgestellt werden. Und zwar an den Stellen, die bei Bundes- oder Landtagswahlen von den Parteien genutzt werden. So wird auf eine größere Aufmerksamkeit gehofft.

Der Bürgermeister verliest die Anfrage von Bürger A zum Tagesordnungspunkt 5.2.3 – Anlage einer strategischen Grundstücksreserve und beantwortet sie nachfolgend.

In der Vergangenheit wurde mehrfach eine Grundstücksreserve angeregt, damit die Gemeinde Platz für Ersatzpflanzungen für Bäume hat, die im Zuge von Bauvorhaben gefällt werden. Sind Reserveflächen nun auch für solche Ersatzpflanzungen vorgesehen?

Die Vorlage B-21/016 soll in der Gemeindevertretung am 20. April 2021 behandelt werden. Ob und mit welchem Inhalt diese beschlossen wird, bleibt abzuwarten.

Herr Piper verliest die Anfrage von Bürger A – Frühjahrsputz in der Gemeinde und beantwortet sie nachfolgend.

In zwei Schreiben haben zwei Bürger angefragt, ob und welche Planungen es für den diesjährigen Frühjahrsputz gibt, da der BUND sich hierbei einbringen würde. Da wir bisher noch keine Antwort erhalten haben, stellen wir nun hier diese Frage erneut.

Gibt es eine Planung hierfür, wenn ja welche?

Die aktuelle Entwicklung der Pandemielage lässt derzeit für Veranstaltungen im ersten und zweiten Quartal des Jahres noch keine detaillierte, gesicherte Planung zu.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

Herr Piper verliest die Anfrage von Bürger A - Schneeräumung der Fahrradwege und beantwortet sie nachfolgend.

Auf der Potsdamer Allee wurde der Schnee der Autofahrbahn auf die Fahrradwege geschoben, sodass diese lange Zeit nicht oder kaum nutzbar waren. Welche Vereinbarungen gelten hinsichtlich der Räumung von Fahrradwegen?

Soweit hiermit die Fahrradschutzstreifen gemeint sind, verhält es sich wie folgt: Der von der Gemeindeverwaltung mit dem Auftrag beauftragte Zweckverband „Bauhof TKS“ führt die Schneeräumung mit entsprechenden Fahrzeugen maschinell durch. Diese sind nicht dazu vorgerüstet, den Schnee über Bordsteinkanten hinweg zu schieben. Eine Beseitigung des Schnees per Hand ist nicht beauftragt.

Im vorliegenden Fall und Bezug auf die StVO nehmend, sind Fahrräder auf der Fahrbahn zu führen, solange der Fahrradschutzstreifen/Fahrradweg schneebedingt nicht zur Verfügung steht.

Frau Lorenz verliest die Anfrage von Bürger B und beantwortet sie nachfolgend.

Wann wird die vom Bürgermeister im Dezember 2019 angekündigte und von verschiedenen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern insbesondere im INSEK Workshop „Politik im Gespräch“ vom 29.08.2002 angeregte öffentliche Diskussion zur Einbeziehung des Flurstückes 2976, Flur 4, Gemarkung Stahnsdorf in die Untersuchung künftiger Siedlungsentwicklung im Zuge der Aufstellung des INSEK für die Gemeinde Stahnsdorf mit den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern geführt?

Im bisherigen Prozess wurden Handlungsbedarfe und Potenziale der künftigen Gemeindeentwicklung mit interessierten Bürger, Fachleuten, der Gemeindeverwaltung sowie mit Vertretern der Politik erfasst und diskutiert. Die Stahnsdorfer Bürger wurden im Rahmen einer ersten Online-Befragung beteiligt.

Im Ergebnis wurde deutlich, dass eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots, insbesondere die S-Bahn-Verlängerung, die Verbesserung der Fuß- und v. a. der Radwegeinfrastruktur, der Erhalt und die Weiterentwicklung von Freiräumen, die Schaffung einer Ortsmitte sowie die Fortführung des Breitbandausbaus wichtige Zukunftsthemen für die beteiligten Bürgerinnen und Bürger sind.

Auf Grundlage der Ergebnisse aus den verschiedenen Zusammenkünften, der Onlinebefragung und einer fundierten Bestandsanalyse wurden nun ein räumliches Entwicklungsmodell, Handlungsschwerpunkte und zentrale Vorhaben erarbeitet, die den Rahmen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Gemeindeentwicklung in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren setzen sollen. Dabei wurde das 2017 entwickelte Leitbild für Stahnsdorf einbezogen.

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie sind öffentliche Veranstaltungen zurzeit nicht möglich. Daher wurde der aktuelle Arbeitsstand (01/2021) des Gemeindeentwicklungskonzeptes (INSEK) den Gemeindevertretern und den sachkundigen Einwohnern am 27.01.2021 im Rahmen einer Videokonferenz vorgestellt.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

Um auch den Bürgerinnen und Bürgern von Stahnsdorf in der aktuellen Situation den aktuellen Arbeitsstand vorzustellen und die Möglichkeit zu geben, sich daran zu beteiligen, teilen wir Ihnen mit, dass hierzu eine zweite Online-Befragung in der Zeit vom 01.03.2021 bis einschließlich zum 31.03.2021 stattfindet.

Die Informationen, Unterlagen und Fragebögen finden Sie auf der Homepage der Gemeinde Stahnsdorf.

In diesem Beteiligungsverfahren sind uns dabei Ihre Ideen und Hinweise wichtig, die anschließend ausgewertet werden und in den abschließenden Entwurf münden. Dieser wird voraussichtlich im Herbst 2021 den Trägern öffentlicher Belange vorgestellt und im finalen Entwurf öffentlich ausgelegt. Im Abschluss soll dieser dann durch die politischen Gremien unserer Gemeinde beschlossen werden.

Die Vorsitzende ergänzt, dass die Verwaltung im Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt am 6. Mai 2021 vorhaben, darüber diskutieren zu lassen.

Herr Ehlert gibt die Frage zu Protokoll: Wann habe die Gemeindevertretung im INSEK beschlossen, dass dies eine Grünfläche bleiben solle und wer sei daran beteiligt gewesen?

Der Bürgermeister antwortet, dass ein Entwurf des INSEK folgt. Dieser Entwurf wird behandelt, wie beispielsweise auch Entwürfe von Bebauungsplänen. Angefangen von den Ortsbeiräten, über die einzelnen Fachausschüsse geht der Entwurf, noch vor der Sommerpause, in die Gemeindevertretung. Dort werden ggf. zu dem Arbeitsstand alle Fraktionen Änderungsanträge stellen können und diesen Entwurf, modifiziert oder unverändert, beschließen. Anschließend kann er dann in die Trägerbeteiligung gehen.

Herr Weickert teilt mit, dass formal noch nichts beschlossen worden sei sondern nur besprochen. Die Fragen und Antworten mögen zu Protokoll gegeben werden.

<19:04 Uhr – Herr Mushack ist abwesend> - 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern sind anwesend.

<19:05 Uhr – Herr Mushack ist anwesend> - 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern sind anwesend.

Die Vorsitzende fragt nach dem Umgang mit der Anfrage des Bürger C. Ihrer Ansicht nach sei diese bereits von der Verwaltung im letzten Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt beantwortet worden.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Antwort der Verwaltung erfolgt ist. Die andere Anfrage richtete sich ganz speziell an den Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt. Dieser Ausschuss hat sich Bedenkzeit erbeten. Ob jetzt einzelne Ausschussmitglieder antworten bleibt ihnen überlassen. Der Sachstand, den die Verwaltung beantworten konnte, wurde den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Anfragen, die nicht an die Verwaltung gerichtet wurden, im Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt am 23.03.2021 ausführlich zu behandeln. So hätten die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt die Möglichkeit, sich im Vorfeld Gedanken dazu zu machen.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

Frau Sander fragt (Chat), um welches Grundstück es sich handele.

Die Vorsitzende antwortet, dass es sich bei den vorhergehenden Anfragen um das Grundstück in der Sputendorfer Straße handele, um den Acker zwischen Annastraße und Sputendorfer Straße.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

TOP 5 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

**TOP 5.1 Beratung des Ausschusses über Anträge und Stellungnahmen gemäß
Beschluss- Nr. 02/006 - Zuständigkeiten der Ausschüsse -**

**TOP 5.1.1 Beratung über die Stellungnahme der Verwaltung zum Bauantrag -
Neubau eines Gartenhauses, Grundstück Großbeerenstraße 21 in 14532
Stahnsdorf OT Güterfelde**

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Frau Lorenz verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung und äußert sich zum Sachverhalt.

Wortmeldungen sind nicht zu erkennen.

Namentliches Abstimmungsergebnis zum TOP 5.1.1 (Anlage 3):

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
einstimmig empfohlen

TOP 5.2 Beratung der Beschlussvorlagen

**TOP 5.2.1 Unternehmung der planungsrechtlichen Schritte und Absprache mit den
Nachbarkommunen zur Errichtung eines inklusiven Frauenhauses in der
Region TKS
Drucksache: B-21/012**

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Frau Pietsch schildert den Sachverhalt und teilt mit, dass die Fraktion Bündnisgrüne/Linke Miteinreicher der Beschlussvorlage sein werde. In Absprache mit der Verwaltung werde es eine Änderung der Beschlussvorlage geben.

Herr Weickert zeigt an, dass die Fraktion SPD Miteinreicher der Beschlussvorlage sein wolle.

Herr Mushack sagt, dass bei der Entstehung dieser Einrichtung der Landkreis nicht aus der Verantwortung genommen werden solle. Der Bedarf sei notwendig und der Landkreis habe es zu finanzieren.

Frau Pietsch teilt mit, dass die Fraktion SPD als Miteinreicher berücksichtigt werde.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

Herr Dr. Kupsch fragt, woher die betroffenen Frauen den Standort solcher Einrichtungen erfahren.

Frau Pietsch antwortet, dass Beratungsstellen in den Familienzentren und natürlich auch die Polizei die Kontaktdaten vorliegen haben.

Weitere Wortmeldungen sind nicht zu erkennen.

Namentliches Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage B-21/012 (Anlage 4):

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
einstimmig empfohlen

TOP 5.2.2 Digitalisierung der Einladungen und Sitzungen der Ausschüsse sowie der Gemeindevertretung
Drucksache: B-21/013

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Herr Binek schildert den Sachverhalt.

<19:20 Uhr – Frau Pietsch ist abwesend> - 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern sind anwesend.

Herr Kiekebusch sagt, dass die Änderung der neuen Kommunalverfassung bereits im Gange sei. Punkte zu Hybridsitzungen seien dort bereits aufgenommen. Er regt an, dass das Ratsinformationssystem benutzerfreundlicher gestaltet werden solle.

<19:21 Uhr – Frau Pietsch ist anwesend> - 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern sind anwesend.

Herr Mushack merkt an, dass die Einladungen bereits digital versendet werden. Er fragt, ob es noch Ausschüsse oder Ortsbeiratssitzungen gebe, die noch in Papierform geladen werden. Es solle geprüft werden, ob die Geschäftsordnung dementsprechend bei Veröffentlichung angepasst werden müsse.

Herr Weickert fragt, was in der Beschlussvorlage unter Vorantreiben gemeint sei. Denn momentan werden die Sitzungen digital durchgeführt und seien über die entsprechenden Kanäle öffentlich nachzuvollziehen.

Herr Binek sagt abschließend, dass der Status auf einer holprigen Plattform stehe, wo beispielsweise die Einwohner nicht zugeschaltet werden können und die Tonqualität nur verbessert werde, wenn die Kameras ausgeschaltet werden. Vieles könne noch weiterentwickelt werden und dafür stehe der Begriff Vorantreiben.

Weitere Wortmeldungen sind nicht zu erkennen.

Namentliches Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage B-21/013 (Anlage 5):

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0
mehrheitlich angenommen

Niederschriftder Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

TOP 5.2.3 **Aufbau einer strategischen Grundstücksreserve für Stahnsdorf**
Drucksache: B-21/016

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Herr Binek nimmt Stellung zur Beschlussvorlage.

Frau Lorenz verweist auf die Stellungnahme vom 24.02.2021. Sie berichtet, dass es kein generelles Vorkaufsrecht für die Gemeinde Stahnsdorf gibt. Nach dem Gesetz gibt es allgemeine und besondere Vorkaufsrechte. Die Gemeinde hat nur auf dem normalen Immobilienmarkt und zu üblichen Preisen die Möglichkeit, eine Grundstücksreserve anzulegen. Der Gesetzgeber hat eine strenge Vorgabe gemacht und setzt eine gemeindliche Planung und eine gemeindliche Strategie voraus.

Herr Ehlert fragt, welche Art von Grundstücken angekauft werden, Gewerbe- oder Ackerflächen und welchen finanziellen Umfang das Projekt haben solle.

Herr Dr. Kupsch sehe es als sinnvoll an, eine Grundstücksreserve anzulegen. Er fragt, warum es dazu eine extra Beschlussvorlage geben müsse, denn im Haushalt sei Geld dafür eingestellt worden. Auch fehlen die finanziellen Auswirkungen.

Herr Klingebiel sagt, dass sich die Beschlussvorlage inhaltlich widersprechen würde und eine Konkretisierung, auch zu den finanziellen Auswirkungen, erfolgen müsse.

Herr Weickert ist der Auffassung, dass mit der Beschlussvorlage die Gemeinde ihre kommunalrechtlichen Kompetenzen übersteigen werde.

Frau Sander fragt, was für Vorteile eine Grundstücksreserve bringen möge. Sie zeigt sich besorgt darüber, dass der Weg in die Bodenversiegelung führe.

Herr Mushack merkt an, dass es eine Entwicklung geben werde, der die Gemeinde Stahnsdorf Rechnung tragen müsse.

<19:46 Uhr – Frau Sander ist abwesend> - 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern sind anwesend.

Frau Pietsch teilt mit, dass die Beschlussvorlage B-21/016 zurückgestellt werde.

Herr Mushack fragt, ob die Stellungnahme der Verwaltung öffentlich einsehbar sei.

Herr Albers antwortet, dass Unterlagen, die den öffentlichen Teil betreffen, öffentlich einsehbar sind.

Niederschriftder Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

**TOP 5.2.4 Technisches Bauprogramm für den Ausbau der Schulstraße
Drucksache: B-21/022**

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Herr Piper schildert den Sachverhalt.

Herr Weickert sagt, dass auf der Planzeichnung nicht nur die Schulstraße, sondern auch der Einmündungsbereich der davor liegenden Straße zeichnerisch dargestellt sei. Er fragt, ob es dort auch eine Baumaßnahme geben werde. Weiter fragt er, ob es auf dem Gehweg Lindenstraße zu einer entsprechenden Hervorhebung, wie auch immer geartet, kommen werde.

Herr Piper antwortet, dass es damals schon vorgesehen war, den Bereich insgesamt anzusehen. Dazu gehört auch der Bereich der Schulzenstraße. Dieser soll auch in gleicher Art und Weise wie die Schulstraße aufgepflastert werden. Durch eine Anrampung und durch die gesonderte Pflasterung soll der Bereich hervorgehoben werden.

Herr Klingebiel fragt, wie die Nutzung an den Wochenenden und Ferienzeiten angedacht sei, ob es ein permanentes Halteverbot geben solle, oder eventuell eine Befristung auf die Schulzeiten angedacht sei.

Herr Piper antwortet, dass die Wohnungsverwaltung versichert hat, dass die Anlieger dort keine Parkplätze benötigen. Zwei Parkplätze wurden hier vorgesehen. Die Beschilderung der Schulstraße erfolgt als Verkehrsberuhigter Bereich. Daraus resultierend gilt ein generelles Parkverbot, außer in gekennzeichneten Flächen.

Herr Weickert fragt, ob darüber nachgedacht worden sei im Bereich der Einmündung Sputendorfer Straße die Kenntlichmachung hervorzuheben.

Herr Piper antwortet, dass dazu bereits nachgesteuert wurde.

Namentliches Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage B-21/022 (Anlage 6):

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
einstimmig empfohlen

**TOP 5.2.5 Sponsoringvereinbarung
Drucksache: B-21/025**

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Der Bürgermeister äußert sich zum Sachverhalt.

Herr Dr. Kupsch führt aus, dass ein ordentliches Verfahren durchgeführt wurde in dem die Bebauung durch die Windkraft in ganz enge Bahnen gelenkt worden sei. Schwierigkeiten und Hindernisse bei der Abschließung eines entsprechenden Sponsoringvertrages seien nicht zu erkennen. Die Feuerwehr freue sich über etwas mehr Ausrüstung.

Namentliches Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage B-21/025 (Anlage 7):

Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
einstimmig empfohlen

Niederschriftder Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

TOP 5.3 Beratung ohne Beschlussvorlage**TOP 5.3.1 Parkplatzsituation im Gewerbegebiet Techno Park
Drucksache: D-21/002**

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Herr Piper schildert den Sachverhalt.

Herr Mushack ist der Auffassung, dass die Maßnahme, die LKW aus dem Gewerbegebiet zu verbannen, richtig sei.

Herr Klingebiel sagt, dass sich das ganze Gewerbegebiet noch im Ausbau befinde und in diesem Zusammenhang die Straßen gestaltet werden müssen. Erst dann könne entschieden werden, ob die LKW verbannt werden sollten. Da es sich um eine öffentliche Straße handle könne er nicht verstehen, warum die LKW in der Nacht nicht die Stellplätze benutzen dürften.

Herr Dr. Kupsch ist der Ansicht, dass die Angelegenheit nicht aufgeschoben werden sollte. Die Schaffung von Übernachtungsflächen für die LKW sei nicht das Ziel gewesen.

Herr Ehlert merkt an, dass Bedarfe vorhanden seien, so zeige es die Situation. Parkplätze anzubieten, wo sich die LKW-Fahrer einmieten könnten, wäre eine gute Idee. Damit könnten Einnahmen generiert werden.

Herr Weickert bezieht sich auf die Aussage von Herrn Ehlert und sagt, dass davon auszugehen sei, dass wenige LKW-Fahrer, die dort parken, eine Verbindung zu den Gewerbetreibenden in dem Gewerbegebiet haben. An Autobahnen gebe es öffentliche Parkplätze, wo sie ihre Ruhe- und Nachtzeiten einlegen können. Die Gemeinde Stahnsdorf dürfe nicht dafür herhalten, im Umkreis der A115 oder der A10 Flächen zu schaffen, für die der Bund zuständig sei. Auch müsse das Problem der Vermüllung gesehen werden. Es gebe andere Flächen und andere Verantwortlichkeiten.

Herr Kiekebusch weist darauf hin, dass wenn das Parkverbot durchgesetzt werde auch geschaut werden müsse, wohin die LKW-Fahrer ausweichen. Er spricht die wilden Parkflächen in Güterfelde an.

Frau Barthels fragt, ob geklärt werden könne, zu welchem Unternehmen die einzelnen LKW-Fahrer gehören. Es sei Aufgabe der Unternehmen, auf ihrem Hof Parkflächen und sanitäre Anlagen zur Verfügung zu stellen.

Frau Sander sagt, dass sie von den Speditionen, denen die LKW-Fahrer angehören, Initiativen erwarte.

Herr Ehlert schlägt vor, im neuen Gewerbegebiet an der L77, Stellflächen mit sanitären Anlagen einzuplanen.

Herr Püstow führt an, dass entweder vernünftige Bedingungen geschaffen werden oder eine Vermüllung in Kauf genommen werden müsse.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

Der Bürgermeister berichtet, dass gute Bedingungen für LKW-Fahrer auf dem Gelände der Deutschen Post vorhanden sind. Problematisch ist, dass die Deutsche Post Outsourcing betreibt und an den günstigsten Bieter den Zuschlag für die Dienstleistung, die dieser für die Deutsche Post erbringen wird, erteilt hat. Dieser Bieter hat offensichtlich in seiner Kalkulation die Nutzung von Gemeindebedarfsflächen in dem Fall von Parkplätzen mit einbezogen. Die Deutsche Post muss dem Subunternehmer einen Preis bezahlen, mit dem er die Möglichkeit erhält ein Grundstück für seine LKW zu erwerben.

Frau Barthels ist der Auffassung, dass die Deutsche Post AG aufgefordert werden müsse, für ihre Subunternehmer Parkmöglichkeiten auf ihren Gewerbeflächen zu schaffen. Die Gewerbesteuer der Deutschen Post AG geht nach Bonn und nicht an die Gemeinde Stahnsdorf.

Namentliches Abstimmungsergebnis zur Drucksache D-21/002 (Anlage 8):

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0
mehrheitlich empfohlen

**TOP 5.3.2 Wildschweinschäden an öffentlichen Grünflächen
Drucksache: D-20/008**

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Herr Piper schildert den Sachverhalt und berichtet, dass durch die Zunahme der Wildschweinschäden Anträge aus der Bevölkerung eingegangen sind, die eine Versiegelung der Grünstreifen fordern. Das ist nicht das Ziel der Gemeindeverwaltung und der Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt wird gebeten, die Entscheidung der Verwaltung mitzutragen.

Frau Sander erinnert an den Beschluss B-18/044, wo es um Blühstreifen gegangen sei. Beispielsweise könne der Bevölkerung eine Samenmischung zur Verfügung gestellt werden. Aus eigener Erfahrung könne sie sagen, dass die Blühstreifen von den Wildschweinen nicht gewollt seien.

Herr Dr. Kupsch sagt, dass eine Versiegelung der Flächen nicht in Frage kommen dürfe. Viele Vorgärten versteinern bereits und daher dürfe mit dem öffentlichen Grün nicht weitergemacht werden. Die Thematik mit den Blühstreifen müsse erst auf Funktionalität geprüft werden, bevor damit an die Öffentlichkeit gegangen werde.

Herr Weickert ist der Auffassung, dass vor dem Hintergrund der Versiegelung, der Sachstand zur Wildschweinplage erforderlich sei. Die Informationen zur Wildschweinbekämpfung sollten auf die Tagesordnung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt genommen werden.

<20:39 Uhr – Herr Kiekebusch ist abwesend> - 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern sind anwesend.

Frau Sander merkt an, dass ihr eingebrachter Vorschlag, Samenmischungen der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, als Experiment gewertet werden sollte. Auch könne sie nicht erkennen, dass der Beschluss B-18/044 umgesetzt worden sei. Dies könne in diesem Zuge durchgeführt werden.

<20:40 Uhr – Herr Kiekebusch ist anwesend> - 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern sind anwesend.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

Herr Mushack regt an zu prüfen, welche Gräser für die Blühstreifen in Fragen kommen könnten. In einem von Wildschweinschäden betroffenes Gebiet, könne ein Test durchgeführt werden.

Frau Pietsch berichtet, dass sie trotz Blühstreifen eine Wildschweinrotte in ihrem Garten gehabt habe. Daher könne sie nicht sagen, ob die Blühstreifen zielführend seien. Aber auf keinen Fall dürfe eine Versiegelung stattfinden.

Herr Piper stellt abschließend fest, dass die Haltung der Verwaltung, zum Erhalt der öffentlichen Grünflächen, von den Ausschussmitgliedern des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt mitgetragen wird. Ein Problem wird sein, alle öffentlichen Grünflächen in der Gemeinde Stahnsdorf mit Blühstreifen zu versehen. Ausgewählte Flächen, die vom Zweckverband „Bauhof TKS“ extensiv gepflegt werden sollen, können zur Testung spezieller Samenmischungen genutzt werden.

Namentliches Abstimmungsergebnis zur Drucksache D-20/008 (Anlage 9):

Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
einstimmig empfohlen

TOP 5.4 Information der Verwaltung**TOP 5.4.1 Verkehrsrechtliche Anordnungen**

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Herr Piper teilt mit, dass eine aktuelle Anordnung bezüglich der Quermathe/Ecke Ruhlsdorfer Straße vorliegt. Bereits im letzten Jahr gab es von der Unfallkommission, bestehend aus Vertretern der Verkehrsbehörde, Polizei und dem ÖPNV, einen Termin. Daraus resultiert die Empfehlung, dort eine zusätzliche Beschilderung an der Stopp-Kreuzung anzubringen und weitere Markierungen vorzunehmen. Damit wird zeitnah der Zweckverband „Bauhof TKS“ beauftragt. Weitere Informationen zu verkehrsrechtlichen Anordnungen liegen nicht vor.

Herr Kiekebusch fragt, wie der Sachstand zur Beschlussvorlage „Farbige Kreisverkehre“ sei.

Herr Piper antwortet, dass der Beschluss im letzten Jahr bei der Straßenverkehrsbehörde und bei der Straßenbauverwaltung des Landkreises eingereicht wurde. Die Verwaltung hat in der vergangenen Woche eine Zwischeninformation von der Straßenverkehrsbehörde erhalten. Darin war zu lesen, dass sich der Landkreis und die Polizei dazu noch einmal ins Benehmen setzen und im März die aktuellen Unfallzahlen auswerten wollen. Danach werden weitere Entscheidungen getroffen.

Herr Kiekebusch fragt, ob neben den Unfallzahlen auch die Regelverstöße Berücksichtigung in der Auswertung finden werden.

Herr Piper merkt an, dass er zur Bewertung keine Auskunft geben kann. Er ergänzt, dass im Winter, wenn Schnee liegt, die Markierungen der Fußgängerüberwege schlecht zu erkennen sind. Laut Straßenverkehrsordnung ist es nicht erforderlich, Fußgängerüberwege in Kreisverkehren zusätzlich mit entsprechender Beschilderung vorzusehen. Das sieht er kritisch und deshalb hat er die Verkehrsbehörde um Prüfung gebeten inwieweit es sinnvoll wäre, zusätzlich die Beschilderung der Fußgängerüberwege vorzunehmen.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

Herr Mushack fragt Herrn Piper, ob er zum Verkehrskonzept Dahlienweg noch etwas sagen könne.

Herr Piper berichtet, dass das umfangreiche Verkehrskonzept Dahlienweg letztes Jahr beauftragt wurde. Mehrere Themen sind dort zu berücksichtigen. Es geht nicht nur um die Kita, sondern auch um das Wohngebiet Schmale Enden II mit künftig etlichen, dort entstehenden Wohneinheiten. Die An- und Abfahrtswege sind zu untersuchen. Die verkehrliche Erschließung des B-Plans Schmale Enden II wird noch einmal geprüft. Ziel ist es, neben weiteren Bauprogrammen, das Verkehrskonzept im Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt am 23.03.2021 vorzustellen. In dieser Sitzung soll auch der erste Entwurf zum Ausbau des Dahlienweges vorgestellt werden. Auch wie künftig die An- und Abfahrt zur Kita gewährleistet werden kann, soll Thema in der Sitzung sein.

Herr Klingebiel fragt, wann die Erschließung des Gewerbegebietes – Verlängerung des Gladiolenweges in den Greenpark – umgesetzt werde und ob ein Durchstich vom Greenpark zum Hamburger Ring vorgesehen sei.

Herr Piper antwortet, dass für die Erschließung des Gewerbegebietes derzeit die Planungsleistung ausgeschrieben wird und die Abstimmung mit den Medienträgern geführt wird. Dieses Jahr soll die Straßen- und Medienplanung vorgenommen werden. Nächstes Jahr soll dann dort gebaut werden. Einen zeitlichen Ablauf gibt es noch nicht. Zur Anbindung Greenpark ist mit allen Gewerbetreibenden gesprochen worden, auch mit der Greenpark GmbH. Die Anbindung ist erwünscht.

Herr Mushack sagt, dass es einen Durchstich nicht geben werde.

TOP 5.4.2 Sachstand zu aktuellen Baumaßnahmen

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Herr Piper teilt mit, dass der Sachstand zu den aktuellen Baumaßnahmen als (**Anlage 10**) zur Niederschrift gegeben wird.

TOP 5.5 Behandlung der Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung und der Ortsvorsteher**TOP 5.5.1 Renaturierung des Schwarzen Pfuhls
Drucksache: A-21/002**

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Die Anfrage wurde bereits von der Verwaltung beantwortet.

**TOP 5.5.2 Ersatzpflanzung/Ausgleichszahlung
Drucksache: A-21/005**

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Die Anfrage wurde bereits von der Verwaltung beantwortet.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

TOP 5.5.3 Hunde – Hundesteuer - Hundestationen
Drucksache: A-21/006

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Die Anfrage wurde bereits von der Verwaltung beantwortet.

Die Vorsitzende fragt, ob weitere Anfragen vorliegen würden.

Herr Mushack fragt, wo das Protokoll der INSEK-Sitzung aus August 2020 im Internet zu finden sei.

Herr Mushack berichtet, dass der Ortsbeirat Güterfelde eine Information erhalten habe, dass die Berliner Stadtgüter einen Flächenpool vom Land Brandenburg bestätigt bekommen haben. Diese 39 Hektar könnten als Ausgleichsmaßnahmen genutzt werden. Er empfiehlt, diese Information auf die Tagesordnung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt zu nehmen.

Herr Weickert regt an, dass Anfragen, die direkt an die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt gerichtet werden, als Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung mit aufgenommen werden sollten, um sich dazu austauschen zu können.

Herr Kiekebusch fragt, warum die Schulwegsicherung für die Kinder aus dem Ortsteil Güterfelde nicht gewährleistet werden könne, beispielsweise durch einen beleuchteten Fahrradweg.

Herr Piper antwortet, dass Radwege außerorts, auf freier Strecke nicht beleuchtet werden. Wenn angefangen wird, solche Radwege zu beleuchten, werden auch bald Radwege, die durch Wälder führen, beleuchtet. Wenn jedoch die Gemeindevertretung beschließt, dass auf solch einer Strecke der Radweg beleuchtet wird, dann kann dies getan werden.

Herr Albers ergänzt zur Anfrage zum Schwarzen Pfuhl – dass er ein Luftbild zur Verfügung stellen wird, welches zirka 30 Jahre alt ist. Dieses Luftbild soll zum besseren Verständnis dienen, denn dieser Schwarze Pfuhl ist keine gestalterische Maßnahme im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens, sondern war eiszeitlich bedingt schon immer vorhanden. Wenn dort kein Wasser vorhanden ist, liegt es entweder am Sinken des Grundwasserspiegels oder daran, dass die Niederschläge nicht ausreichen.

Frau Sander gibt zu Protokoll, dass sie wissen wolle, wo die Blühstreifen und Blühflächen gesät werden sollen.

Herr Piper sagt, dass er die Anfrage aufnimmt und die Antwort Frau Sander persönlich zukommen lässt.

Herr Dr. Kupsch ist der Auffassung, dass die Beantwortung nicht nur an Frau Sander persönlich gehen sollte, sondern allen Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt zur Verfügung gestellt werden solle.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

Herr Dr. Kupsch fragt, welche Maßnahmen im Kompensationsflächenpool enthalten seien, die von der Gemeinde für Ausgleichsmaßnahmen genutzt werden könnten.

Herr Mushack schlägt vor, die Themen Blühstreifen und Kompensationsflächenpool auf die Tagesordnung des kommenden Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt zu setzen.

TOP 6 Herstellen der Nichtöffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt um 21:10 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

TOP 10 Wiederherstellen der Öffentlichkeit der Sitzung

Das Wiederherstellen der Öffentlichkeit entfällt, Es wird kein Online-Stream eröffnet.

TOP 11 Schließung der Sitzung

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Bedarfsitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 23.03.2021 stattfinden werde und schließt um 21:13 Uhr die Sitzung.

Ruth Barthels

Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt

Anlagen

Anlage 1: Namentliche Abstimmung – stellv. Ausschussvorsitz

Anlage 2: Namentliche Abstimmung – Niederschrift öffentlicher Teil vom 14.01.2021

Anlage 3: Namentliche Abstimmung – TOP 5.1.1

Anlage 4: Namentliche Abstimmung – B-21/012

Anlage 5: Namentliche Abstimmung – B-21/013

Anlage 6: Namentliche Abstimmung – B-21/022

Anlage 7: Namentliche Abstimmung – B-21/025

Anlage 8: Namentliche Abstimmung – D- 21/002

Anlage 9: Namentliche Abstimmung – D-20/008

Anlage 10: Sachstand Baumaßnahmen

Anlage 11: Namentliche Abstimmung – Niederschrift nichtöffentlicher Teil 14.01.2021

Verteiler

- Mitglieder des BVU
- Vorsitzender der GV
- Fraktionsvorsitzende
- Ortsvorsteher
- Bürgermeister
- FB Hauptverwaltung
- FB Finanzen
- FB Verkehrs- und Grünflächen
- FB Soziales
- KPE

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt am 25.02.2021

- KSD - Original